



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/7/240
Hinweise
auf den Inhalt:

14. Oktober 1950

Um den Frieden Koreas	S.1
Fortschritte in der GEMEC	S.3
Sowjetzonen-Justiz	S.4
KP wünscht "Altbaden"	S.6

...auch den Frieden in Korea gewinnen

(sp) Syngman Rhee, Präsident von Südkorea, ist von der UNO angewiesen worden, seine Regierungsgewalt auf das Gebiet südlich des 38. Breitengrades zu beschränken. Dem machthungrigen 75-jährigen Politiker, dessen Truppen am rechten Flügel der UNO-Armee in Nordkorea vormarschieren, mag das unbehaglich sein, wer aber daran denkt, in Korea nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden zu gewinnen, wird diese Massnahme als den ersten Schritt einer Flurbereinigung betrachten, die seit langem fällig ist.

Syngman Rhee verdankt seine Präsidentenwürde den USA, wo er sich lange als Emigrant aufgehalten hat. Korruption, soziale Rückständigkeit und Rücksichtslosigkeit, Presseknobelung und Intoleranz gegen die Opposition waren die Merkmale seines Regimes und seiner Demokratisch-Nationalistischen Partei, eines Klüngels von Grossgrundbesitzern, die es verstanden, mit Hilfe ihres Präsidenten die längst fällige Bodenreform bis heute hinaus zu schieben. Mit dieser Bodenreform hätte die soziale Befriedung des Landes beginnen sollen.

Die Parallele zu China ist verblüffend; hier wie dort ein verrottetes System, das unter dem Ansturm der unter revolutionären Fahnen marschierenden Kommunisten zusammenbrach. Syngman Rhee hat das Glück, dass ihn die Amerikaner gerettet haben. Beide, Tschiang-Kai-Schek und Syngman Rhee, sind die Exponenten einer feudal-reaktionären Politik, die den Kommunisten eine Lebensberechtigung bietet. Dass

es den Massen des Volkes unter den Kommunisten auch nicht besser geht, steht auf einem anderen Blatt - die Demokratie hat täglich zu beweisen, dass sie besser ist als jedes totalitäre System. Sie wird sich nur dann durchsetzen, wenn sie die Weltanschauung der Massen, nicht eines kleinen Klüngels ist, und die Massen gewinnt man nicht mit den Mitteln Tschiang-Kai-Scheke.

Die südkoreanischen Soldaten folgten einem militärischen Befehl, als sie nach dem Überfall ihre Heimat verteidigten. Aber sie taten es widerwillig, wie die Ereignisse zeigten, denn was sie verteidigen sollten, war selbst ihrem primitiven und politisch wenig ausgeprägtem Empfinden zu gering. Die Unlust der Südkoreaner, für einen Staat zu kämpfen, der an sozialem Gehalt nichts zu bieten hat, ebnete den Nordkoreanern den Weg nach dem Süden und die Partisanenplage wäre sicher geringer gewesen, hätte das südkoreanische Regime auch nur einige Wurzeln im Volk geschlagen.

Wie verblendet Syngman Rhee heute noch ist, bewies sein Verlangen, entgegen der UNO-Resolution Neuwahlen nur in Nordkorea durchzuführen. Das hätte bedeutet, dass er mit Hilfe der US-Bajonette zu seiner Minderheit sich im Norden des Landes noch eine Mehrheit geholt hätte, um seinen bisherigen Kurs auf ganz Korea auszudehnen. Das aber kann nicht der Sinn der UNO-Intervention gewesen sein. Auch in Korea kann der Bolschewismus auf die Dauer nur mit einer vernünftigen Sozialpolitik erfolgreich bekämpft werden und die UNO würde alle ihre Menschheitsideale verraten, wenn sie dazu verhülfe, in Korea das System Tschiang-Kai-Schek und Syngman Rhee aufzurichten. Welche Wirkung das auf die Stimmung in ganz Ostasien hätte, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Opfer, die vor allem Amerika gebracht hat, wären vergeblich gewesen; sie ein zweites Mal zu bringen, wäre ebenso unabweichlich wie fragwürdig.

Es ist zu hoffen, dass Präsident Truman bei seinem Treffen mit McArthur diese Grundsätze durchfechten wird. Schon die Rücksicht auf das Gewehr bei Fuss stehende Rot-China, so möchte man meinen, zwingt dazu. Man wird dabei auch überlegen müssen, ob es ratsam ist, Wahlzettel auf den Spitzen der siegreichen Bajonette zu bringen. Bei der ostasiatischen Mentalität könnte das eine Verfälschung der wahren Stimmung ergeben. Die Furcht könnte dem Wahlwerber Syngman Rhee Stimmen zutreiben, die er sonst nie bekommen hätte. Darum ist in ganz Korea ein neues Regime notwendig. Es kann und darf nicht Syngman Rhee heißen.

Fortschritte in der OEEC

A.F.Paris, im Oktober

Wer von der kürzlich in Paris stattgefundenen Tagung des Ministerrates der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) sensationelle Entscheidungen erwartete, muss zweifellos über die veröffentlichten Entschliessungen enttäuscht sein. Wer dagegen aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt hat, dass sich die europäische Zusammenarbeit nur schrittweise gegen die erbittert verteidigten Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten durchzusetzen vermag, und diesem Eindringling in das Haus der nationalen Autarkien nur die Hintertreppe zur Verfügung steht, der wird den Ergebnissen der letzten Pariser Tagung grösste Bedeutung beimessen. Grossbritannien verteidigte zunächst in erster Reihe die Interessen der Rohstoffherzeuger des Commonwealth, die es den Notwendigkeiten der europäischen Zusammenarbeit nicht opfern wollte. Es bedurfte der kaum verhüllten Drohung des französischen Finanzminister Pêche, Frankreich würde die Einfuhrkontingente wieder in Kraft setzen, wenn die anderen Mitgliedstaaten der OEEC nicht auch auf den Gebieten der Investitionen und der Rohstoffversorgung enger als bisher zusammenarbeiten, um die britische Gleichgültigkeit zu überwinden. Deutschland unterstützte den französischen Vorstoss.

Die Pariser Tagung einigte sich lediglich über eine Reihe von Grundsätzen, über deren praktische Verwirklichung spätestens bis Ende November bindende Beschlüsse gefasst werden sollen. Das wichtigste Zugeständnis der Mitgliedsstaaten ist ein weiterer Souveränitätsverzicht zu Gunsten der europäischen Zusammenarbeit, wobei das Schwergewicht auf die gemeinsame Bekämpfung der Inflationsgefahr durch Steigerung der Produktion, Koordinierung der Investitionen und Sicherstellung der Rohstoffversorgung zu tragbaren Preisen gelegt wurde.

Vom deutschen Standpunkt aus verdienen folgende Punkte unterstrichen zu werden:

1. Bevor weitere Mittel für Neuinvestitionen aufgewendet werden, muss die vorhandene und zur Zeit unausgenützte Erzeugungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten ausgenutzt werden, besonders in Ländern, die noch unter Arbeitslosigkeit leiden, d.h. in erster Reihe Deutschland und Italien. Investitionen in Ländern mit Arbeitslosigkeit werden

ausdrücklich als vordringlich anerkannt. Grundsätzlich sind in erster Reihe Grundindustrien, darunter vor allem die Elektrizitätswirtschaft, und Exportindustrien bei Kapitalanlagen zu begünstigen. Selbstverständlich hat die OEEC keine Machtbefugnisse, um einem Mitgliedsstaat Fehlinvestitionen zu untersagen. Ihr Generalsekretär, Robert Marjolin, erklärte jedoch unserem Korrespondenten, der moralische Druck, den die Organisation in dieser Frage auszuüben vermöge, würde in den meisten Fällen ausreichend sein.

2. In Erwartung einer erheblich gesteigerten Industrieproduktion will sich die OEEC nunmehr eingehend mit der Mobilisierung der in Westeuropa verfügbaren Arbeitskräfte befassen, d.h. besonders mit der Ausbildung von Facharbeitern und der Unterbringung von Arbeitslosen in den Industrien anderer Länder.

3. Die einzelnen Regierungen werden aufgefordert, sich von ihren Parlamenten die nötigen, gesetzlichen Vollmachten geben zu lassen, um im Notfalle geeignete Massnahmen gegen die Inflationsgefahr ergreifen zu können. Es handelt sich hier offensichtlich um die Einführung von unentbehrlichen Wirtschaftskontrollen, in Abweichung von der freien Marktwirtschaft, die weitgehend durch die Ereignisse als überholt gilt.

Die Pariser Ministertagung beschloss ferner, die Arbeiten zur Verwirklichung der verschiedenen Integrationspläne beschleunigt weiterzuführen und ausserdem bis Ende des Jahres ein langfristiges Programm (1951/53) aufzustellen. Aus technischen Gründen wurde der Beschluss der Ausdehnung der Kontingentsfreiliste auf 75% des Handels bis zur nächsten, für den 26. Oktober vorgesehenen Sitzung vertagt. Es wird aber mit der Inkraftsetzung zusätzlicher Einfuhrfreilisten bis 1. Februar oder spätestens bis 1. März 1951 fest gerechnet.

- - - - -
Frau Justitia in der Sowjetzone
=====

Von einem nach dem Westen geflüchteten Justiz-Angestellten

(sp) Wie sieht es heute bei einem kleinen Amtsgericht, etwa in einer Kreisstadt der Ostzone aus?

Gleich allen anderen öffentlichen Gebäuden ist auch das Gerichts-

gebäude mit roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, mit einer Reihe von Spruchbändern und mit überlebensgrossen Bildern von Pleck und Stalin drapiert. "Justizwächterin des Volkseigentums", "Für eine volksnahe Justiz", "Gerechte Strafe den Feinden unserer jungen Demokratie" kann man da lesen. Justitia residiert allerdings nicht in ihrem eigentlichen Amtsgebäude - dieses wird noch wie vor von der Besatzungsbehörde beansprucht - sondern in einem notdürftig hergerichteten Wohnhaus.

Die richterlichen Geschäfte liegen in der Hand von drei "Volksrichtern" und einem Rechtsanwalt als "Richter im Ehrendienst". Aufsichtsführender Richter und zugleich Strafrichter ist ein früherer Krankenpfleger, der 1948 einen achtmonatigen Volksrichterlehrgang absolviert hat. Er ist linientreuer SED-Funktionär, seine ^{von} juristischen Kenntnisse unbelastete Rechtsprechung beruht auf seinem ideologisch ausgerichteten "Gerechtigkeitsgefühl". Durch seinen tüchtigen Rechtspfleger wird das Buserste verhätet. Im Justizministerium ist er als "bewährter Richter aus dem Volke" sehr gut angeschrieben.

Die Zivilrechtsprechung besorgt ein ehemaliger Dekorationsmaler, ebenfalls SED-Funktionär. Er wurde 1949 nach einjähriger Volksrichterausbildung auf das rechtsschutzsuchende Publikum losgelassen. Da ihm selbst bald klar wurde, dass er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, fällt er möglichst wenig Urteile oder er greift dankbar "Anregungen" eines am Prozess beteiligten Rechtsanwaltes auf. Er wundert sich, dass sich die Aktenberge um ihn herum häufen, obwohl er von früh bis spät arbeitet.

Der Dritte im Volksrichterbunde macht die Ehesachen und die Freiwillige Gerichtsbarkeit. Er ist LDP-Mann und dient als bürgerliches Aushängeschild. Früher war er als Bankkaufmann tätig, nachdem er im Mai 1950 die Volksrichterschule verlassen hatte, versucht er sich, vielleicht nicht ganz so aussichtslos wie seine beiden Kollegen, im Kampf gegen die Paragraphenschlingen. Die Ehescheidungen "liegen ihm", wie er sagt.

Die Zwangsvollstreckungssachen schliesslich hat man dem ehrenamtlichen Rechtsanwalt, einem gemütlichen alten Herrn überlassen. Eine Zeitlang war er daneben noch Jugendstrafrichter, aber er wurde davon entbunden, als seine Rechtsprechung den maßgeblichen Stellen zu wenig "fortschrittlich" schien.

Jeden Mittwoch von 8 - 10 Uhr gibt es die politische Schulung.

Die Teilnahme ist Dienstpflicht jedes Angestellten, die Anwesenheit wird jedesmal in den Personalakten vermerkt. Ein von der örtlichen SED-Führung entsandter Referent handelt nach vorgedruckten Richtlinien ein Thema ab und veranstaltet anschliessend eine "Diskussion" mit ebenfalls vorgedruckten Fragen und Antworten. Diese Richtlinien kommen vom zentralen Innenministerium und befassen sich beispielsweise mit "Maßnahmen gegen imperialistische Agenten", der Oder-Neiße-Grenze oder mit dem ostzonalen Zweijahresplan. Selten gelingt es dem Redner, die "Schüler" aus ihrer passiven Haltung zu bringen.

Zur Rechtslenkung gibt es beim Justizministerium die sogenannte "Kontrollabteilung". Das Amtsgericht ist in einer Vielzahl von Sachen zum Bericht oder zur Aktenvorlage verpflichtet. Ständig ergehen neue Verfügungen und Erlasse, die die Rechtsprechung in die den Kommunisten genehmen Bahnen lenken sollen. Daneben gibt es noch lokale Möglichkeiten, die Rechtsfindung zu beeinflussen, angefangen bei persönlichen Diffamierungen durch die örtlichen SED-Funktionäre bis zur Pressekampagne. Jedes Mittel ist recht, um eine gewünschte Entscheidung herbeizuführen.

So wird das fast ausschliesslich mit Volksrichtern besetzte Amtsgericht, als die unterste Rechtspflegeinstanz, zu einem willfährigen Instrument der sowjetdeutschen Politik. Man braucht nicht daran zu zweifeln, dass es zu den Zielen dieser Politik auch gehört, die Bevölkerung der Ostzone in einem Zustand der Rechtsunsicherheit zu erhalten.

- - - -

"Altbadische" Scherze der KP

sp. Die kommunistischen Abgeordneten des südbadischen Landtages haben sich einen Scherz besonderer Art, einen politischen Salto mortale erlaubt, der allgemeines Kopfschütteln und Gelächter hervorruft. Nachdem sie monatelang die Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern des Südweststaats und den "altbadischen" Anhängern des Staatspräsidenten Wohleb als "Theater und Schwindel der westeuropäischen Imperialisten" bezeichnet hatten, haben sie nun eine lustige Kehrtwendung gemacht. Im Freiburger Landtag verlangten sie "aufgrund des Ergebnisses der Volksbefragung" die Wiederherstellung des "geschichtlich gewordenen Landes Baden", obwohl die Abstimmung eine klare Mehrheit für den Südweststaat gebracht hat.

Die Kommunisten als Verfechter des geschichtlich Gewordenen - das wäre ein gediegener Komödienstoff! H.R.

- - - -